

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Wiederwöchlicher Abonnementspreis durch die  
Post bezogen und abgeholt vom Postamt 0,65 RM;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pfg. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vereine  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine**  
(Griechenstraße)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz. 25 Pfg., Familienanz. 15 Pfg.,  
Vereinsanz. 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 33.

Berlin, Sonnabend, 27. April 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Das Programm der Gewerkevereine. — Der Bau-  
arbeiterkampf vor dem Abgeordnetenhaus. — Das Streikrecht  
in öffentlichen Betrieben. — Allgemeine Kandidaten. — Ge-  
werkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

## Das Programm der Gewerkevereine.

Die wichtigste und gleichzeitig interessanteste  
Arbeit des kommenden Verbandstages wird die  
Beratung des Programms sein. Die Anträge zu  
dieser Frage spiegeln die Verschiedenheit der Auf-  
fassungen über diese Frage wider. Da gilt es,  
den rechten Kern herauszufinden. Kurz und bündig  
verlangt ein Antrag, der Verbandstag wolle sich  
auf den Boden des vom Zentralrat entworfenen  
Programms stellen. Das wird, wie wir hoffen,  
einmütig geschehen. Dann aber kommen zahlreiche  
andere Dringende, die in gemeinsamen Anträgen  
die Frage aufwerfen, ob auch zur genannten Voran-  
setzung eines neuen Gewerkevereinsprogramms schon  
genügende Klärung über die prinzipiellen Grund-  
sätze vorbereitet sei? Müßte diese Frage verneint  
werden, so sei dem Zentralrat das Programm zur  
weiteren Bearbeitung wieder zu überweisen. Es  
könne im nächsten Jahre sodann ein außerordent-  
licher Verbandstag mit der endgültigen Fertig-  
stellung des Programms befaßt werden.

Die in dem Programmentwurf niedergelegten  
Forderungen der Gewerkevereine sind von vorher-  
gegangenen Verbandstagen einzelweil nach ge-  
höriger Durchberatung aufgestellt worden. Die  
Beratung der einzelnen Forderungen des Pro-  
gramms, das in allen wesentlichen Teilen als  
zweckmäßig angesehen werden darf, kann sich daher  
wohl nur darum drehen, ob in dem einen oder  
anderen Punkte die Forderungen ermäßigt oder  
erweitert werden sollen. An einer ausreichenden  
Klärung über die prinzipiellen Grundsätze des  
Programms scheint es uns wirklich nicht zu fehlen.  
Der Gedanke, für 1908 einen außerordentlichen  
Verbandstag zu berufen, um dann das Programm  
endgültig festzustellen, wäre nicht von der Hand  
zu weisen, denn gründliche Arbeit kann gewiß  
nicht schaden; die Antragsteller haben aber über-  
sehen, daß die Kosten für den außerordentlichen  
Verbandstag nicht unerhebliche sind und bei  
der starken Inanspruchnahme sowohl der Verbands-  
kassen, wie der einzelnen Gewerkevereinskassen, kann  
daher von der Annahme dieses Vorschlages wohl  
kaum die Rede sein. Natürlich würde es das  
Interesse sicherlich bedeuten, wenn wir womöglich in  
jedem Jahre einen Verbandstag abhalten könnten.  
Die Organisation aber muß sich genau so wie jeder  
einzelne nach der Dede strecken, denn Beitrags-  
erhöhungen werden nicht gerade gern gesehen. Die  
Beiträge der Gewerkevereine an den Verband  
können nicht weiter erhöht werden. Bismarck ist  
eine Verabschiedung aus dringenden Gründen in  
Vorschlag gebracht worden.

Eine Reihe anderer Anträge wölen des Pro-  
grammentwurf ergänzen. Dann kommen Anträge,  
die verlangen, daß der Verbandstag zur Frage  
„Politik und Gewerkevereine“ eine präzise Stellung  
einnehme. In der Begründung wird darunter  
verstanden, daß gewisse politische Grundsätze auf-  
gestellt werden müßten, um dadurch die Mitglieder  
zu reger politischer Arbeit außerhalb der Organi-  
sation zu gewinnen. Zahlreiche Ortsverbände und

Drittervereine aus den verschiedenen Teilen der Ge-  
samtorganisation verlangen, daß die bisher geübte  
Neutralität beibehalten wird. Die Mitglieder der  
Gewerkevereine gehörten als Staatsbürger ver-  
schiedenen politischen Parteien an und würde des-  
halb eine politische Diktatur der Entwicklung der  
Organisation hinderlich sein. Die wirtschaftlichen  
Bestrebungen müßten nach wie vor die Hauptauf-  
gabe der Gewerkevereine sein.

Einen Schritt weiter gehen wieder zahlreiche  
andere Anträge, die zwar auch verlangen, daß die  
bisherige Neutralität hochgehalten wird, die Mit-  
glieder aber sollen aufgefordert werden, von ihren  
politischen Rechten Gebrauch zu machen, und sich  
einer ihren Bedürfnissen und Anschauungen ent-  
sprechenden Partei anzuschließen.

Wenn mehrere Mitglieder in einer politischen  
Partei vereinigt seien, so könne es ihnen sehr wohl  
gelingen, einen gewissen Einfluß auf dieselbe für  
die Sache der Arbeiter zu gewinnen. Darauf läuft  
auch ein Antrag hinaus, der verlangt, daß die  
Mitglieder sich den ihnen nächstliegenden politischen  
Parteien anschließen, um dort im Sinne der Ge-  
werkevereine zu wirken. Wieder ein anderer Antrag  
will, daß jedes Anstehen, welches darauf gerichtet  
ist, die Gewerkevereine an eine der jetzt bestehenden  
politischen Parteien anzuschließen, zurückgewiesen  
wird.

Mit der bisherigen Neutralität müßte in dem  
Sinne gebrochen werden, so beantragen zwei Drit-  
tervereine, daß die Gewerkevereine sich einer der be-  
stehenden Parteien anschließen haben unter der  
Voraussetzung, daß unsere Prinzipien Anerkennung  
finden und wir womöglich in der Lage sind, eigene  
Kandidaten aufstellen zu können, welche die Unter-  
stützung der betreffenden Partei finden sollen.  
Dann kommt ein Antrag, der will, daß den Drit-  
tervereinen und Ortsverbänden gestattet werde, Wahl-  
vereine zu gründen. Man wolle dadurch, so  
glauben die Antragsteller, die Neutralität und könne  
durch die Wahlvereine unsere Prinzipien doch zur  
Anerkennung bringen, ev. auch eigene Kandidaten  
für Reichstag, Landtag usw. aufstellen. Ein Drit-  
terverband wünscht den Anschluß an eine linksstehende  
bürgerliche Partei, während wieder ein anderer  
Dritterverband eine selbständige politische Partei ge-  
gründet sehen möchte, und ein dritter eine wirt-  
schaftliche nationale Arbeiterpartei haben möchte.

Als Kern des Ganzen kann trotz der viel-  
fach weit auseinandergehenden Meinungen die volle  
Hilfsleistung darüber angenommen werden,  
daß die Gewerkevereiner als Staatsbürger auch bei  
allen politischen und kommunalen Wahlen ihre  
Pflicht erfüllen sollen. Der Verbandstag wird  
dieser Auffassung gewiß Rechnung tragen durch  
eine einbringliche Mahnung an alle Mitkämpfer in  
der Gesamtorganisation. Raum aber wird er in  
der Lage sein, den Beschluß an eine bestimmte  
politische Partei zu beschließen. Wenn es durch  
intensive Bildungsbestrebungen gelänge, in allen Ge-  
werkevereiner die liberale demokratische Weltan-  
schauung, auf welcher die praktische Arbeiter-  
bewegung, die ausschließlich sein will, beruhen  
muß, zur Basis ihres Denkens und Handelns zu  
machen, dann wäre schon vieles erreicht. Die  
Organisation könnte dabei ihre parteipolitische Un-  
abhängigkeit, d. h. die Neutralität, vollkommen auf-  
recht erhalten.

K. G.

## Der Bauarbeiterkampf vor dem Abgeordnetenhaus.

Rede unseres Verbandsreferenten Hg. Goldschmidt  
im Abgeordnetenhaus am 18. April 1907; amtlicher Demo-  
graphischer Bericht.

... Meine Herren, ich möchte nun eine Arbeit von  
neuem aufnehmen, die mit vielem Fleiß und großem Inter-  
esse von unserem verstorbenen Kollegen Dr. Max Hirsch  
früher geleistet worden ist. Der Abgeordnete Dr. Max  
Hirsch hat wiederholt Gelegenheit genommen, für den  
Bauarbeiterkampf einzutreten. Sehr eingehende  
Beratungen darüber fanden insbesondere im Jahre 1906  
statt. Damals hatte der Abgeordnete Dr. Hirsch einen  
Antrag gestellt, daß ein Gesetzesentwurf zur Rege-  
lung des Bauarbeiterkampfes, namentlich zum  
Zweck wirksamer Unfall- und Krankheitsver-  
sicherung, vorgelegt werden möchte. Der Abgeordnete  
Schwarze (Hippstätt) hat dann einen Änderungsantrag  
gestellt, der dahin ging, daß das Haus den Antrag Hirsch  
in dem Sinne annehmen möge, daß die künftige Staats-  
regierung zu ersuchen sei, im Wege der Gesetzgebung über  
der Berordnung nach § 120a der Gewerbeordnung einen  
wirksamen Schutz der Bauarbeiter herbeizuführen. In der  
Begründung, die Herr Kollege Schwarze (Hippstätt) dem  
seinem Antrag gegeben hat, — in allen grundsätzlichen  
Frageen bestand volle Uebereinstimmung zwischen Dr. Hirsch  
und seinen Freunden und Herrn Kollegen Schwarze und  
seinen Freunden — sagte er, daß der Bauarbeiterkampf nicht  
eine Frage der Gesetzgebung für das einzelne Land sein  
dürfe, es müßte vielmehr diese Gesetzgebung für das  
ganze Reich eine einheitliche Rege-  
lung erfahren.

Wir sind ganz damit einverstanden, ja wir glauben  
sogar, daß, wenn das Reich diese Gesetzgebung einheitlich  
regelt, sie im ganzen viel nützlicher zu wirken in der Lage  
sein wird, als wenn sie für die einzelnen Länder gemacht  
wird und dann der notwendigen Einheitlichkeit entbehrt.  
Meine Herren, das hohe Haus hat den Antrag  
Dr. Hirsch-Schwarze — so möchte ich ihn nennen —  
damals fast einmütig angenommen; nur ganz  
wenige Stimmen erhoben sich dagegen. Im Deutschen  
Reichstage hat es auch nicht an Anregungen gefehlt, den  
Bauarbeiterkampf auf Grund des seit einmütig gefaßten  
Beschlusses des Hauses getan? Hat sie nun ihrerseits auf  
die Reichsregierung einzuwirken gesucht, um den Willen des  
Hauses zur Geltung zu bringen?

Meine Herren, bei allen sozialpolitischen Fragen wird  
vielfach im Reichstage wie auch in der sozialpolitischen  
Literatur schwere Klage darüber geführt, daß Preußen, der  
Bater aller Hindernisse auf dem Gebiete der sozialen Ge-  
setzgebung, es nicht nur an den nötigen Anregungen als  
größter Staat im Reiche — Preußen in Deutschland voran-  
— setzen lasse, sondern daß Preußen vielmehr als Hemmnis  
wirke und eine einheitliche Ausgestaltung der Gesetzgebung  
auf den verschiedensten Gebieten nicht vorwärts kommen  
lasse und so auch auf dem Gebiete des Bauarbeiterkampfes.  
Ich wäre in hohem Maße erfreut, wenn der Herr Minister  
uns jagen könnte, daß in diesem Falle wenigstens diese  
Auffassung nicht zutrifft, wenn er in der Lage wäre zu sagen:  
das Bauministerium hat bisher schon alles Mögliche getan,  
um die Reichsregierung dahin zu bringen, die Frage  
des Bauarbeiterkampfes reichsgesetzlich zu regeln.

Ich habe ferner den bringenden Wunsch, daß, solange  
diese Frage eine reichsgesetzliche Regelung noch nicht er-  
fahren hat, die preussische Staatsregierung in ihren Ver-  
trieben dahin wirken möge, daß es an den nötigen Maß-  
nahmen zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter  
nirgends fehle. Ich gebe zu ja, daß die künftige Staats-  
regierung Anordnungen und Bestimmungen nach dieser  
Richtung getroffen und erlassen hat. Die Hauptfrage bleibt  
aber eine strenge Aufsicht darüber, daß die Bestimmungen  
auch durchgeführt werden.

Es ist hier von dem früheren Kollegen Dr. Hirsch ein-  
mal angeregt worden, es möge doch alles, was an Bau-  
polizeiverordnungen in den Gemeinden  
vorhanden ist, zusammengestellt werden;  
insbesondere möchte dies in Bezug auf die Bauarbeiter-  
bestimmungen geschehen, damit man einen Überblick über  
die Sache gewinnen und eine gewisse Kontrolle ausüben könne,  
ob die einzelnen Vorschriften auch zweckmäßig und mit Ge-  
folg angewandt würden. Diese Anregung hat bisher eine  
folge nicht gehabt. Der Herr Minister wird aber sicherlich  
mit mir darin übereinstimmen, daß eine solche Sammlung  
von Verordnungen, namentlich von Verordnungen, die an den  
wichtigsten Plätzen Straßens erlassen sind, ein sehr nüt-

indem sie versuchen, die Gewerkschaften gegen ihre Beamten aufzubringen. Selbstverständlich haben sie damit kein Glück. Wir kennen den Kampf schon zu gut.

Um weiteren Streit zwischen Kollegen einen steinen Einbruch in die „Rückzimmer geistiger Waffen“, über die Herr Schlegel verfügt, zu verhindern, soll ein Teil des Flugblattes hier folgen, trotzdem eigentlich der Raum unserer Zeitung zu schmal dafür ist. In Bezug auf die Gewerkschaften und ihre Führer heißt es da:

„Diese Herren scheuen sich nicht Arbeiterverrat unter allen Umständen zu betreiben. Diese Leute gehen Arm in Arm mit der Reaktion und fordern von ihren Mitgliedern, wie dies speziell bei der letzten Reichstagswahl geschah, daß, ehe sie einem die Interessen des arbeitenden Volkes verteidigen, sie lieber einem Reaktionär, einem Fleisch- und Brotverkäufer zum Mandat verbleiben. Gerade bei der letzten Reichstagswahl, da hat es sich gezeigt, daß die Herren vom Gewerkschaften nichts weiter sind als Gehilfen der Reaktion, Schrittmacher der Unterwerfung. Eine nette Gesellschaft, die auch Anspruch auf Neutralität macht und dann Arm in Arm mit dem Reichstagsband zur Verleumdung der Sozialdemokratie, Arm in Arm mit den Unternehmern, gegen Arbeiter vorgeht.“

Denjenigen, der die Tätigkeit des Herrn Schlegel vor der Wahl in dem Wahlkreis Sagan-Sprottau beobachtet hat, muß es wundern, wozu der Herr E. den zweifelhaftesten Mut nimmt, den Gewerkschaften vorzuwerfen, sie hätten Fleisch- und Brotverkäufern zum Sieg verholfen. Der Flugblattschreiber scheint an einer unheilbaren Verblendung zu leiden; denn nicht wir, sondern die Parteien und Verbände des Herrn Schlegel haben hier einem Konserwativen zum Mandat verholfen! Herr E. weiß das ganz genau und trotzdem seine schamlosen Angriffe auf die Gewerkschaften. Schöne Moral!

In der konserwativen Wählerversammlung vom 20. Jan. in Ralswiek erklärte Herr Schlegel selbst öffentlich, „wenn er die Wahl zwischen einem Sozialisten und einem Konserwativen hätte, würde er lieber seine Stimme dem Konserwativen geben“, und ähnliche Erklärungen sind auch in anderen Versammlungen von sozialdemokratischen Rednern abgegeben worden. Die Schlegelschen Anhänger haben sich diesen Wind mit dem Jauchzettel gemerkt und bei der Stichwahl, wo der Freiwahl gegen den Konserwativen stand, hat ein großer Teil Sozialdemokraten konserwativ gewählt und den Agrarier zum Sieg verholfen! Öffentlich proklamierte man Wahlnachhaltung und im geheimen wurde die Barocke ausgegeben, den Konserwativen zu wählen. Es ist zahlreich festgestellt, daß in der Stadt Sagan circa 500 Sozialdemokraten konserwativ wählten. Bei der Stichwahl 1903 erhielt in Sagan der Konserwative 427 Stimmen; bei der Hauptwahl 1907 381 und bei der Stichwahl 951. In dem kleinen Dorfe Schönthal haben 30 Sozialdemokraten den Agrarier gewählt, in Ralswiek 60-70, in Culeau 30 usw. Alles in allem hat der Agrarier den Sozialdemokraten circa 900 Stimmen zu verdanken und mit dieser Mehrheit siegte er über den Sozialisten.

Unsere Kollegen werden aus dieser Klarstellung ersehen, wo die Leute zu finden sind, die wirklich Arbeiterverrat treiben und „Fleisch- und Brotverkäufern zum Mandat verhelfen“. Vielleicht ist Herr Schlegel ein andermal mit seinen Ausführungen etwas vorsichtiger. Wenn er jemand befehlen will, mag er getroffen bei sich selbst anfangen und dann zu seinen eigenen Kollegen übergehen; er wird dort ein reiches Arbeitsfeld finden. Wir Gewerkschaftler danken für seine Bemühungen.

A. K.

### Verbands-Teil

#### Ausbreitungsverband der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunder) Sachsen-Anhalt.

Protokollauszug von der am Sonntag, 14. April cr., im Kriehauspalast zu Eudenburg stattgefundenen außerordentlichen Vorstandssitzung mit Einziehung der Bertragsmänner und der Ortsvereinsvorsitzende des Bezirks. Der Vorsitzende des Ausbreitungsverbandes, Kollege Weder, eröffnet die Sitzung um 11 Uhr vormittags mit einigen Begrüßungsworten. Daß sämtliche diese Vereine hütten Vertreter entsenden. Von außerhalb waren Halberstadt, Quedlinburg, Halle, Osterleben, Gütten, Akerleben, Bernburg, Jerbst und Dessau durch Delegierte vertreten. Kollege Weder gibt den Zweck der Konferenz bekannt und teilt nachfolgende Tagesordnung mit: 1. Der Verbandstag. 2. Ausbreitungsverbande, Ortsverbände resp. Agitation, unsere Presse. 3. Berichtes. Im ersten Punkt referiert Kollege Dittler über die Aufgaben des zu Pflichten in Berlin tagenden Verbandstages und erläutert die vom Radeburger Ortsverband hierzu gestellten Anträge. Über Ausbreitungsverbande, Ortsverbände resp. Einführung von Bezirksverbänden plädiert Kollege Schröder in längeren Ausführungen. Eine lebhaft diskussion schließt sich an beide Vorträge, an der sich auch die anwesenden Verbandstagsabgeordneten R. anke, Seifert und Rubert beteiligen und stimmen alle Redner den beiden Referenten im Prinzip zu. Die die Agitation bisher getrieben und wie sie in Zukunft gehandhabt werden muß, um mehr positive Erfolge zu erzielen, vertritt Kollege Weder ebenfalls in längeren Ausführungen. Redner empfahl auch, vor allen Dingen energischer für die Ausbreitung des „Mitteldeutschen Kurier“ einzutreten. In der sich hieran anschließenden Debatte sprachen noch die Kollegen Wegler, Blume, Rerken, Jlenburg, Gaudmann, Rempel, Koch, Sandring und Rietz im Sinne des Referenten. Ferner wurden noch die Politik gestreift und von den Rednern empfohlen, sich mehr politisch zu betätigen und den linksliberalen Parteien beizutreten. Im Berichtes haben noch die Kollegen Reinhardt, Ehlmann, Eddede und Trelbe einige Episoden über die von den gegnerischen Organisationen geführte Agitation bekannt. Mit einem Hoch auf die Gewerkschaftsbewegung schloß Kollege Weder um 6 1/2 Uhr abends die imposante Sitzung.

### Versammlungen.

Berlin. **Distriktsrat der Deutschen Gewerkschaften (H.-D.).** Sitzung jeden Mittwoch, ab 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr im Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften, NO., Weißsiedlerstraße 221/222. Gäste willkommen. **Rittow, 24. April.** Vortrag des Kollegen Kautler, Bezirksleiter des Bezirks der Deutschen Kaufleute, über: „Fragen aus der modernen Arbeiterbewegung“. **Sängerchor der Deutschen Gewerkschaften (H.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 9-11 Uhr, Uebungsstunde im Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Gaal). Gäste herzlich willkommen. — **Sonabend, 27. April.** **Maschinenbau- und Metallarbeiter VIII.** Ab. 8 1/2 Uhr Versammlung im großen Saal des Verbandshauses. Vortrag der Revisorin Frau A. Heiler. **Radeau Tam.** Gäste willkommen. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Ab. 8 1/2 Uhr Versammlung bei Paetz, Brunnenstr. 41. Vortrag des Kollegen Joseph über: „Arbeiter- und Arbeiterchamer-Organisationen“. — **Sonntag, 28. April.** **Verknüpfte Ortsvereine der Maschinenbau- und Metallarbeiter Bezirks und Umgebung.** Form. 9 1/2 Uhr im weissen Saal (Verbandshaus) Ausschussung. L.-D.: Vortrag des Kollegen Jordan: „Praktische Gewerkschaftsarbeit oder schlichte Arbeiterpolitik“. **Arbeitervereine Berlin I, II, III und Charlottenburg.** 7 Uhr. Im Vereinslokal, Holzmarktstr. 72, Rignitzstr. 10, 11. Versammlung. Die Mitglieder der Gewerkschaften und Rechte der gewerblichen Arbeiter. Diskussion. Berichtes.

**Orts- und Bezirksverbände.** **Herne (Ortsverband).** Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Saale des Herrn W. Schulte-Kattler, Distriktsrat. — **Wachen (Distriktsrat).** Jeden Sonntag 9 Uhr. Sitzung bei Walter, Jagierstr. — **Stettin, Norddeutscher Ausbreitungsverband.** Jeden Donnerstag, abends 8 1/2-10 1/2 Uhr. Distriktsrat im Hotel Engelle, Schiffstraße 3a. Gäste willkommen. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch abends 8 1/2 Uhr präz. in Hillmanns Hotel, Poststraße, Distriktsrat. — **Sagan (Distriktsrat der Deutschen Gewerkschaften, H.-D.).** Jeden Dienstag abends 8 Uhr, im Vereinslokal zur Palme, Ritterstraße, Sitzung. Gäste willkommen. — **Dortmund (Ortsverband).** Sonntag, 28. April, vorm. 11 Uhr, bei Heiterkamp in Dorffeld Form. Versammlung. Sonntag, 5. Mai, nachm. 4 Uhr, beim Wirt Schod, Krämerstr., Ortsverbandversammlung. **Meiner Kollege Traun.** — **Ostensen und Umgebung (Ortsverband).** Sonntag, 28. April, nachm. 3 Uhr, Harrold, Ausschussung. **Vierteiljährlicher Rednungsabschluss.** — **Oberhausen und Umgebung (Ortsverband).** Sonntag, 28. April, nachm. 3 Uhr, bei Wirt Dapfen, Duisburgerstraße, Ausschussung.

## Anzeigen-Teil

Insertate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

**Frauen, Töchter und Schwestern unserer Mitglieder!**  
Sehr empfehlenswert ist der Eintritt in die **Frauen-Begräbnis-Kasse des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften.**  
Haltigkeit 25 Ffg. Aufnahme vom 15. bis 45. Jahre. **Verdientes Begräbnisgeld: 60 Mark, 90 Mark und 120 Mark.** Der Wochenbeitrag beträgt je nach Höhe der gewählten Versicherungssumme und des Beiträtsalters 3 bis 9 Ffg.  
Alle Ortsvereine nehmen Anmeldungen entgegen.  
Flugblätter und Material versendet das **Verbandsbureau: Berlin NO. 55, Weißsiedlerstr. 221/222.**

**Verbandsgenossen**  
kauft  
**nie mehr als 8 Uhr abends**  
und sorgt, daß auch die Mitglieder der Familie alle Einkäufe vor 8 Uhr abends machen. Der Bereich der Deutschen Kaufleute wird dadurch unterstützt in seinem Streben auf Einführung des Abendschließens.  
Eisenach (Ortsverb.). Karten **Spandau (Ortsverband).** **Verd. Kassierer Edmund Hartmann,** **Präsidenten bei Korten,** **Wiesenstraße 10.** **Wiesestr. 10.**

### Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften Berlin N.O., Weißsiedlerstraße 221/222.

**Treffpunkt aller Gewerkschaften einestages an den Abenden... und an jedem Sonntag... Prädigter Briefe, große Konstantion mit vorzüglicher Küche, vier Regalbahnen. Alles den Anforderungen der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Zur Abhaltung von Versammlungen, Sitzungen, Winter-Bergangungen jeder Art allen Ortsvereinen und Mitgliedern bestens empfohlen, laßt sich durch frunthaltig ein **Carl Berndt, Colonon.**  
**Hamburg (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten Unterstützung beim Verbandskassierer **E. Sellmann, Großer Bädergang 11, Haus 5 pl.****

**Stettin (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten Begleitkarten im Werte von 120 Mark beim Kollegen **Emil Schmidt, Stettin, Bollwerk 22 im Laden.**

**Hamburg.** Allen durchreisenden Kollegen empfehlen wir **Hiltmanns Hotel, Poststraße (Geldhofenplatz).** Auskunft daselbst.

**Hohenhausen u. Umgebung (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten eine Reiseunterstützung von 50 Ffg. bei dem Ortsverbandskassierer **Friedrich Kohl, Nordstraße Nr. 10.** Karten bei dem Verbandskassierer **Klemmermeister Schreiber, Klemmerstraße.**

**Verbandsbureau der Deutschen Gewerkschaften.**  
Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:  
**Bestschrift zum 70. Geburtstag des Staatsrats von Karl Schmidt und Karl Goldschmidt.** Preis 10 Ffg.  
**Zeitschriften des Gewerkschaftsrechts von Dr. Max Hirsch.** Preis 80 Ffg.  
**Abgeordnetes durch die Kaufversteigerungsgesetze von Karl Goldschmidt.** Preis 30 Ffg.  
**Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch.** Preis 80 Ffg.  
**Geschichte der Deutschen Gewerkschaften von Karl Goldschmidt.** Preis 80 Ffg.  
**Kupferdruckbild des Verbandswais Dr. Max Hirsch.** 160x280 mm. Preis 50 Ffg.  
**Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerkschaften.** — **Bestschrift zum 25. Jubiläum der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunder) von Dr. Max Hirsch.** Preis 1 Mark.  
**Volks-Wirtschaftslehre von Dr. E. J. Huch.** Preis 80 Ffg.  
**Arbeiterschutz im Heimarbeit. 2 Referate von E. B. Inter.** Berlin und S. Berndt. Dresden. Gratis.  
**Die Einführung von Arbeitskammern in Deutschland.** 2 Referate von Karl Goldschmidt. Berlin und Johanna Dornblüth. Bromberg. Gratis.  
**Lehrverträge und Koalitionsfreiheit.** 2 Referate von Karl Hahn-Burg und J. D. Käser. Nürnberg. Gratis.  
**Wörter zu Versicherungen, Klagen- und Beschwerdeschriften im Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Krankheits- und Invalidenversicherung).** Preis 60 Ffg.  
Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.  
Bestellungen sind immer zu richten an das **Verbandsbureau: Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Weißsiedlerstr. 221/222.**  
Das Bureau des Zentralrats: **Rudolf Klein.**

**Stettin (Ortsverband).** Durchreisende Gewerkschaftenkollegen aller Branchen erhalten **Wendens, Nachlager und Frühstünd Neustädterstr. 14** Bergmann. Karten hierfür bei **H. Gabelmann, Köhlerstr. 29, Hof.** **Wiesestr. 7 Hof I.**

liches Material auch für weitere Maßnahmen auf dem Gebiet der Baupolizei liefern würde. Ich bitte daher, mir hierüber eine Auskunft zu geben.

Sodann möchte ich mir noch eine Auskunft darüber bitten, welche Wirkung eine Reihe von staatlichen Maßnahmen gehabt hat. Bei verschiedenen Unfällen sind so große Verträge gegen die Baupolizeiverordnungen schlagend worden, daß auch die Staatsanwaltschaft sich damit hat befassen müssen. Das preussische Justizministerium hat eine Verfügung erlassen, wonach schwere Baumfälle gewissenhaft untersucht und eventuell die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden sollen. Ich möchte gern wissen, ob das einen praktischen Erfolg gehabt hat. Die Zahl der Baumfälle hat leider nicht nachgelassen, sondern ist im Gegenteil noch im Wachsthum begriffen. Fast alle Tage finden wir in der Tagespresse Mitteilungen über schwere Baumfälle. Noch vorgestern wurde ein schwerer Baumfall aus Breslau gemeldet. Mir seien jumeist von Unfällen, die auf unzureichend gebaute Gerüste zurückzuführen sind, und ferner von solchen, die auf die Rotsfärbe zurückzuführen sind. Viele der Unfälle hätten verhindert werden können, wenn stärker darauf geachtet würde, daß das Notwendige zum Schutze der Arbeiter geschieht.

Besser scheint es mir erstorbenlich zu sein, daß, solange wir ein einheitliches Reichsbauarbeitergesetz nicht haben, die königliche Staatsregierung in neuen Verordnungen darauf dringt, daß die Bauleiter besser inspiziert werden, als es heute geschieht. Bei gewissen Bauten wird eine tägliche Inspektion stattfinden müssen. Benutzungen müssen die Architekten möglichst verifiziert werden, die zwischen den einzelnen Bauverträgen liegen, bei denen die Unfallverhütungsvorschriften usw. kontrolliert werden.

Es ist auch vom Abgeordneten Dr. Hirsch angeregt worden, daß die Arbeiter bei der Baukontrolle beteiligt werden möchten. Ich weiß, daß in diesem hohen Hause, wenn wir auf anderen Betriebsgebieten eine Mitwirkung der Arbeiter bei der Kontrolle gewünscht haben, die Stimmung hierfür keine besonders gute war. Ich möchte aber glauben, daß in bezug auf den Bauarbeiterstand Einwendungen nicht gemacht werden können, die in bezug auf andere Betriebsarten, für die wir die Mitwirkung der Arbeiter wünschen, gemacht wurden. Auch in jenen Fällen unserer Meinung nach ganz mit Unrecht. Damals hat der Herr Regierungskommissar dem Abgeordneten Dr. Hirsch geantwortet, die Mitwirkung von Arbeitervereinen beim Bauarbeiterstand werde erwogen, da der Deutsche Arbeiterbund sich in dieser Frage augenblicklich in einer Petition an das Staatsministerium gewandt habe. Das Staatsministerium hat sich also bei Gelegenheit dieser die Beteiligung der Arbeiter an der Kontrolle ablehnende Petition sehr eingehend mit dieser Frage beschäftigt und wird uns nun sagen können, zu welchem Resultat sie dabei gekommen ist.

Die Beteiligung der Bauarbeiter bei der Kontrolle zum Schutze von Leben und Gesundheit, an der die Arbeiter am nächsten und meisten interessiert sind, würde einen wohlthätigen Einfluß auf die Stimmung und Verfassung der Arbeiter ausüben vermögen. Es darf doch hier darauf aufmerksam gemacht werden, daß diese Baukontrolle unter Mitwirkung der Arbeiter in der Stadt München auf Grund der bayerischen Bestimmungen in Gebrauch ist, und daß nach dem, was ich bisher darüber gehört habe, die Mitwirkung der Arbeiter bei der Baukontrolle sich dort ausgezeichnet bewährt. Wenn das in München der Fall sein kann, warum nicht in Berlin, warum nicht in Breslau, Königsberg, Riga usw.? Ich glaube, daß wir in allen Städten die gleichen Verordnungen haben, daß aber auch die gleichen guten Wirkungen von der Beteiligung der Arbeiter bei der Baukontrolle erzielt werden würden wie in München.

Von den Berufsgenossenschaften bekommen wir die Ziffern der Unfälle. Aus diesen Ziffern geht hervor, daß in der Norddeutschen Bauernsachgenossenschaft, wo im Jahre 1897 auf 1000 Vollarbeiter 14,50 entschädigte Verletzte kamen, diese Ziffer im Jahre 1908 auf 12,50 herabgegangen ist. Das ist gewiß eine erfreuliche Erscheinung. Da die neueren Ziffern wieder höher gehen, kann ich im Augenblick nicht sagen; jedenfalls waren sie im Jahre 1902 höher als im Jahre 1908. Aber die Norddeutsche Bauernsachgenossenschaft steht leider immer noch in der Unfallsziffer an der Spitze; denn in den anderen Bauernsachgenossenschaften geht die Zahl der entschädigten Unfälle auf 1000 Vollarbeiter bis auf 8,74 herunter. B. D. bei der Hessen-nassauischen Bauernsachgenossenschaft und auch in allen übrigen Bauernsachgenossenschaften ist die Unfallsziffer eine geringere. Sobald aber ein Fortschritt erkennbar ist, darf man sich schon darüber freuen. Die Bauernsachgenossenschaften werden es ihrerseits ja auch nicht daran fehlen lassen, alle Mittel anzuwenden, um möglichst günstige Unfallsziffern zu erreichen, um diese Ziffern immer weiter herabzubringen. Herr Abgeordneter Hirsch hat einmal hier gesagt, man müsse das schon tun aus Christenpflicht; ich stimme ihm darin bei. Aber er meinte als praktischer Geschäftsmann, das bringe auch etwas ein, für die Berufsgenossenschaften sei es auch möglich, wenn sie diese Unfallverhütungsvorschriften träfen und auch energisch durchführten, weil sie dann an den Beiträgen zu den Berufsgenossenschaften sparen könnten. Meine Herren, es ist das eine wie das andere richtig. Wir dürfen hierbei allerdings viel weniger das materielle Interesse in Betracht ziehen als vielmehr das ethische, das allgemeine sittliche Interesse. Wir haben nicht nur die Christenpflicht, sondern die allgemeine menschliche Pflicht, Leben und Gesundheit derjenigen, die da für Sie arbeiten und meist weiter nichts von der Arbeit erhalten. Es liegt ferner auch im allgemein volkswirtschaftlichen Interesse, wenn der Arbeiter möglichst lange gesund und arbeitsfähig bleibt. Wir haben auch zu denken an die armen Familien, die wenn sie um ihren Ernährer gebracht werden, furchtbare Not leiden müssen trotz der Hilfe, die ihnen auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes zuteil werden kann. Die Not ist in

den Familien, in denen der Ernährer infolge eines Unfalls mit tödlichem Ausgange herausgerissen ist, oft genug unbeschreiblich groß. Wer will streiten, daß es eine allgemeine Christenpflicht ist, dafür zu wirken, daß die schweren Unfälle und die Unfälle überhaupt nach Möglichkeit vermieden werden? (Schluß folgt).

### Das Streikrecht in öffentlichen Betrieben.

Der Streik der Pariser Elektricitätsarbeiter hat von neuem eine Frage in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt, die vor einigen Monaten bei Erörterung des Gesetzentwurfes über die Berufsvereine Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen war und bei der zu erwartenden Wiedereröffnung dieses oder eines umgearbeiteten Entwurfes die Frage, inwieweit es berechtigt ist, in Betrieben, deren Unterbrechung mit erheblichen Schädigungen der Gesamtheit verbunden ist, — wir können sie kurz als öffentliche Betriebe bezeichnen — das Organisations- und Streikrecht der Arbeitnehmer einer Einschränkung zu unterwerfen. Wäre die damalige Vorlage Gesetz geworden und ereignete sich ein Fall, wie der Pariser, in Deutschland, so würde dem betreffenden Berufsvereine die Rechtsfähigkeit zu entziehen sein, denn dies sollte geschehen, falls ein Verein „einen Arbeitsausstand herbeiführt oder fördert, der mit Rücksicht auf die Natur oder die Bestimmung des Betriebes geeignet ist, die Sicherheit des Reiches oder eines Bundesstaates zu gefährden, eine Störung der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser oder Beleuchtung herbeizuführen oder eine gemeine Gefahr für Menschenleben zu verursachen.“ Noch weiter geht ein jetzt im „Tag“ veröffentlichter Vorschlag des Amtsräters Reimsch in Greifenberg\*, der jede gemeinschaftliche unbedingte Arbeitsentziehung „in einem wirtschaftlichen Betriebe des Staates oder einer unter Staatsaufsicht stehenden Verwaltung oder in einem gemeinnützigen oder hauptsächlich auf die Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse gerichteten Privatbetriebe“ mit Geldstrafe bis 1000 Mk. oder Gefängnis bis zu einem Jahr bestrafen will. In Frankreich ist die Regierung die Arbeiter den Streikenden durch Soldaten ausführen lassen, und die Kammer hat mit erdrückender Mehrheit den Ausführungen des Ministerpräsidenten Beifall gespendet, daß „das Recht der Arbeiterschaft an dem Rechte der Gesamtheit keine Schranken haben müsse.“

Jetzt nimmt der liberale Landgeheimrat W. Rulmann-Bremen in der „Sozialen Praxis“ in geistvoller Weise Stellung zu dieser Frage. Mit Recht erklärt er es für aufschlußreich, daß eine Regierung, wie die französische, in der zwei Sozialisten sitzen, glaubt, eine so schmerzliche Frage mit so inhaltlosen Phrasen erledigen zu können. Die Schwierigkeit liegt eben darin, daß sich zwei Forderungen gegenüberstehen, die beide als berechtigt anerkannt werden müssen, die sich aber gegenseitig ausschließen scheinen. Auf der einen Seite steht das Recht der Arbeiter, ihre Lebenslage zu verbessern und zu diesem Zwecke das wirksamste Mittel der Selbsthilfe, den Streik, anzuwenden, auf der anderen der Anspruch der Gesamtheit, daß nicht durch Streikgelingen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer öffentliche Notstände herbeigeführt werden. Die Frage, wie da ein Ausgleich geschaffen werden könne, scheint wichtig genug, um sie hier einer Erörterung zu unterziehen.

Um das Ergebnis vorweg zu nehmen, so halte ich sowohl den Vorschlag des deutschen Gesetzentwurfes und des Amtsräters Reimsch, wie das Vorgehen der französischen Regierung für durchaus verfehlt, denn sie führen sämtlich nicht zu einem befriedigenden Ausgleich der beiden Forderungen und widerstreitenden Interessen, sondern zu einer einfachen Unterdrückung der einen der beiden freitenden Parteien. Wenn die Pariser Elektricitätsarbeiter darauf rechnen, daß bei Ausständen ihrer Arbeiter ohne weiteres deren Tätigkeit durch Soldaten besorgt wird, so ist sie offenbar Herrin der Lage und instand, ihren Arbeitern die Arbeitsbedingungen zu diktieren. Die letzteren sind dann nicht mehr gleichberechtigte Vertragsgenossen und freie Arbeiter, sondern rechtlose Delinquenten.

Fallen wir zunächst etwas schärfer ins Auge, um welche Betriebe es sich handelt. Man spricht von solchen, an deren Aufrechterhaltung die Öffentlichkeit interessiert ist. Aber ist das nicht bei allen der Fall? Mit allen Arbeitsentsetzungen ist ein Verlust von Nationalertragsmomenten verbunden, und es gibt keinen Industriesweig, dessen Ausstilllegung für längere Zeit nicht eine Vertrauenskrise der gesamten Volkswirtschaft mit sich brächte. Offenbar handelt es sich um durchaus fließende Grenzen, und gerade die unbefriedigende Formulierung der berechtigten Unterforderung bildet einen der gegen den deutschen Entwurf mit Recht erhobenen Vorwürfe. Aber lassen wir diese Schwierigkeit ganz bei Seite und halten uns lediglich an den prinzipiellen Gesichtspunkt, so handelt es sich um folgenden Gedankenengang:

\*) Nr. 25 des „Gewerkschein“ Jahrg. 1907.  
\*\*) Nr. 22 des „Gewerkschein“ Jahrg. 1907.

Die Grundlage der heutigen Wirtschaftsordnung beruht darauf, daß die Gütererzeugung — im weitesten Sinne verstanden — der Privatthätigkeit überlassen ist. Immerhin gibt es von dieser Regel Ausnahmen, indem gewisse Betriebe vom Staate und den Gemeinden in die Hand genommen sind. Deshalb ist das Geschehen? Offenbar deshalb, weil man glaubt, daß an diesen Betrieben die Gesamtheit in höherem Maße interessiert ist als an anderen. Ist aber das Uebergewicht des öffentlichen Interesses der Grund, weshalb man gewisse Tätigkeiten den staatlichen oder gemeindlichen Organen überweist, so ist es ein offenkundiger innerer Widerspruch, Betriebe, in denen dieses Interesse so groß ist, daß man ihm zu Liebe das Streikrecht der Arbeiter ausschließen zu müssen glaubt, der Privatindustrie zu überlassen. Die Verstaatlichung dieser Betriebe ist die nächstliegende logische Konsequenz aus dem Gesichtspunkte, aus dem man die Aufhebung des Streikrechts fordert.

Aber es gibt auch noch eine andere Lösung der Schwierigkeit, die den Privatbetrieb nicht antastet und deshalb geboten ist, wenn man sich zur Verstaatlichung nicht entschließen will. Falls wir uns in den Fall, um den es sich in Paris handelt, die in den Elektricitätsbetrieben beschäftigten Arbeiter haben gewisse Forderungen erhoben, die von der Direktion abgelehnt wurden. Welche von den beiden Parteien sachlich im Rechte war, müssen wir als offene Frage behandeln, da ausreichendes Material zu ihrer Beantwortung nicht vorliegt. Was hat nun die französische Regierung getan? Hat sie über Recht und Unrecht der Streitenden entschieden und aus dem Grunde zungunsten der Arbeiter eingegriffen, weil sie deren Forderungen für unerschwerft erachtete? Reinswegs. Auch die französische Regierung nimmt zu dem Streitfall sachlich keine Stellung, sie zieht lediglich daraus, daß der Pariser Bevölkerung das elektrische Licht nicht entzogen werden dürfe, den Schluß, daß die Arbeiter zum Nachgeben gezwungen werden müßten. Ist das nicht eine unerhörte Ungerechtigkeit? Deshalb zwang man denn nicht die Direktion, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen? Auch dann war ja die Unterbrechung des Betriebes vermieden. Ich will nicht etwa behaupten, daß die Regierung dies hätte tun sollen, ich will nur darauf hinweisen, daß dieser Weg genau ebenso nahe lag und sich um ebenso viel oder ebenso wenig Recht betreten ließ wie die Unterdrückung der Arbeiter. (Schluß folgt).

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, 26. April 1907.  
In die Bayerische Zentralkasse für Industrie, Handel und Gewerbe, Abteilung für Arbeiterfrage, und Wohlfahrt wurde im Verfolg der vom Zentralrat der Deutschen Gewerkschaften gemachten Eingabe unser Kolleg, Arbeitersekretär Edward Bleicher in Augsburg (Süddeutscher Ausbreitungsverband), vom Ministerium des Königl. Hauses und des Äußeren, berufen.

**Verbilligte Eisenbahnfahrten für Arbeitslose.** Die der „Arbeitsmarkt“ mitteilt, soll entsprechend einer Eingabe, welche die süddeutschen Arbeitsnachweiserverbände im September 1906 an die deutschen Eisenbahnverwaltungen gerichtet haben, innerhalb der deutschen Regierungen eine Einigung dahin erzielt worden sein, daß mit dem 1. Mai an allen deutschen Bahnen den durch die öffentlichen Arbeitsnachweiserstellen vermittelten Arbeitern eine Fahrpreisermäßigung zu dem erbetenen Satz von 1,5 Pf. das Kilometer gewährt werde.

**Arbeiterbewegung.** In der Bauarbeiterbewegung in Berlin ist die endgültige Entscheidung darüber, ob es zum Kampfe kommt, noch nicht gefallen. Zwar haben die Maurer und auch die sonst in Betracht kommenden Arbeitergruppen den Schiedsspruch des Einigungsamtes abgelehnt, weil sie auf die 8tündige Arbeitszeit auf keinen Fall verzichten wollen. Alles Jureden der Führer der Berliner Ortsverwaltung sowie des Gesamtverbandes war vergeblich; nicht einmal der Hinweis, daß Bebel die Annahme des Schiedsspruches empfohlen und vor dem Kampfe gewarnt hätte, vermochte die Arbeiter mit der Forderung des 8-Stundentages an die einzelnen Arbeitgeber heran, so wird es zweifellos zum Streik bzw. zur Aussperrung kommen und damit ein Kampf herausbeschworen, der riesige Dimensionen annehmen muß. Denn in Betracht kommen etwa 26 000 Zimmerer, 13 000 Bauhilfsarbeiter und gegen 7000 Maurer, im ganzen also rund 46 000 Bauarbeiter. Durch einen Kampf werden aber auch andere Kategorien in Mitleidenschaft gezogen, wie Mörtel- und Steinlöhner, Bauhilfsarbeiter, Bauleitender usw. Es wäre daher nur dringend zu wünschen, daß die Bewegung einen friedlichen Ausgang nimmt, da sonst schwere wirtschaftliche

Schädigungen unvermeidbar sind. — Auch in Königsberg i. Pr. und Umgegend sind die Bauhilfsarbeiter in eine Bewegung zur Erbringung eines günstigeren Lohnsatzes eingetreten. — Wegen Ablehnung ihres eingereichten Lohnsatzes sind in einer Anzahl von kleinen Betrieben in Magdeburg die Klempner und Installateure in den Ausstand getreten. — In einer Lohnbewegung befindet sich auch das Maschinen- und Kesselpersonal der Preussisch-Rheinischen, Düsseldorf und Niederrheinischer Dampfschiffahrt. Neben höheren Löhnen wird eine Verbilligung und Regelung der Arbeitszeit und Beseitigung sanitärer Mängel gefordert. — Die Maler in Leipzig haben den Generalstreik aufgehoben und den partiellen Streik erklärt. Von etwa 1000 Gehilfen sind noch rund 800 ausständig. Wegen Ablehnung einer Lohnerhöhung sowie Regelung der Arbeitszeit seitens der Innung haben in Götting die Maler, Kunstschneider und Lackierer am Dienstag die Arbeit eingestellt. — Der Streik bei der Firma Seidel und Raumann in Dresden dauert unverändert fort. — In der Waggonfabrik von Grull & Co. in Wismar sind ernste Differenzen ausgebrochen. — Die Bäckerzweigen in Berlin haben den Vorschlag der Meister, die Differenzen vor dem Innungschiedsgericht zu regeln, abgelehnt und nochmals die Forderung erhoben, daß als Schlichtungsinstanz das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts angezogen wird. Wenn die Bäckermeister auf diesen friedlichen Vorschlag nicht eingehen, wollen die Gesellen in den Ausstand treten. — Eine starke Wärmegewalt herrscht gegenwärtig unter den Jute Spinner- und Arbeiterinnen in Braunschweig. Wegen geringer Lohnforderungen sind bereits 1800 Arbeiter und Arbeiterinnen einen Tag ausgepickert worden, und auch jetzt ist es noch keineswegs sicher, daß ein gewisser Kampf vermieden wird.

Der Streik der Cafébesitzer in Paris dauert noch an. Der Ministerpräsident Clemenceau hat schließlich selbst den Wirten den Rat erteilt, die Organisation ihrer Angestellten anzuerkennen, worauf diese sich bereit erklärten, den Konflikt dem Friedensrichter zur Schlichtung zu übertragen. — In Revin (Frankreich) sind in den Metallgießereien an 2000 Arbeiter wegen Einführung einer neuen Arbeitsordnung in den Streik getreten. — In dem ungarischen Komitat Hunyad sind etwa 1500 Kohlenbergarbeiter in den Ausstand getreten. — Dagegen ist in Würzburg-Oststadt Kohlenrevier der Streik der Bergarbeiter beendet, ohne daß es diesen gelungen ist, irgend welche Vorteile zu erringen. — Auch der Ausstand der Drochsenkäufer und Frachthelfer in Kairo ist durch Vergleich mit den Arbeitgebern beendet worden.

Zum Aufbruch des sozialdemokratischen Parteivorstandes hat auch der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend Stellung genommen. „Genosse“ Jegglin gab dem schwerfälligen Ernteausschuss, den der Vorstand der Sozialdemokratie herangezogen habe. Der Parteivorstand möge ja gute Absichten haben, aber gerade jetzt, wo der Kapitalismus so frech sein Haupt erhebe und gegen die Arbeiter vorgehe, sei es notwendig, daß sich die Arbeiter fest zusammenschließen. Der Aufbruch bezwecke das Gegenteil, es würde besser sein, wenn er unterbliebe wäre. Der Aufbruch bläse zum Rückzug. Das hätte der Parteivorstand den Gewerkschaften überlassen sollen, die schon selber zum Rückzug bläse würden, wenn es ihnen angebracht schiene. Der Parteivorstand sei zu weit gegangen. Die Versammlung solle erklären, daß der Aufbruch als unverbündlich zu betrachten sei. Singer meint, der Parteivorstand hätte sich fragen müssen, ob man die Konsequenzen der Aufforderung zur völligen Arbeitsruhe ohne Schaden für die Allgemeinheit durchführen könne. Das sei aber nicht möglich. Der gegenwärtige Moment sei der ungeeignete, um schwere Kämpfe mit dem Unternehmertum heranzuführen. Ein Kampf würde in der gegenwärtigen Situation nicht zum Siege der Arbeiter, sondern zum Siege der Unternehmer führen. Wenn jetzt große Kämpfe wegen der Arbeitsruhe kommen, welche Konsequenzen wird die Regierung und das Schärinamertum daraus ziehen? Die Möglichkeit, ein freies Vereins- und Versammlungsrecht sowie ein gesetzlich gesichertes Koalitionsrecht zu bekommen, würde erschwert, wenn nicht ausgeschlossen werden. Der Autorität Singers bezugte sich die Versammlung.

Der sozialdemokratische Wahlverein für Treptow-Baumhulsenweg nahm in seiner letzten Sitzung folgende Resolution an: „Die Generalversammlung des Wahlvereins für Treptow-Baumhulsenweg kann sich mit dem Aufbruch des Parteivorstandes in der Weise nicht einverstanden erklären und erklärt dagegen entschieden Protest.“

Ganz zufrieden ist die Generalkommission der Gewerkschaften, denn ihr Korrespondenzblatt erklärt: Dem Parteivorstand gebührt für diese verantwortungsvolle, richtige Erkenntnis der gegenwärtigen Situation entsprechende Initiative volle

Anerkennung. Wir hoffen, daß diese dringende Mahnung zur Vorsicht in den Kreisen unserer Genossen ernste Beachtung finden wird.“

Die Beseitigung der Konkurrenzklausel forderte eine äußerst zahlreich besuchte Versammlung von Handlungsgehilfen und -Gehilfen Berlins am Dienstag in Berlin. Der Versammlung wohnten die Reichstagsabgeordneten Dr. Doormann, Professor Dr. Stengel und Sievert bei. Der Referent Kollege Träger, Vorsitzender des Vereins der Deutschen Kaufleute, wies an Hand zahlreicher Beurteilungen auf Grund der Konkurrenzklausel nach, daß die Beseitigung derselben durchaus notwendig sei. Alle abgemachten Bestimmungen zu dem § 74 und 76 des Handels-Gesetzbuches haben die unheilvolle Wirkung der Konkurrenzklausel nicht gemildert. In der Diskussion, in welcher sich alle Redner mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärten, gab Abg. Dr. Doormann seine Sympathie mit diesem Bestreben der Handlungsgehilfen kund und erklärte, daß Wege gefunden werden müssen, um diese Mängel zu beseitigen. Die Versammlung beschloß einstimmig, in einer Resolution an den Bundesrat und an den Reichstag eine Petition zu richten, worin um eine Abänderung des Handels-Gesetzbuches dahin ersucht wird, daß die §§ 74 und 75 gestrichen werden. An deren Stelle soll ein neuer Paragraph folgenden Wortlautes treten: „Eine Vereinbarung zwischen Prinzipal und Handlungsgehilfen, durch welche dieser für die Zeit nach Beendigung des Dienstverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird, ist nichtig.“

Ein „Hilfswort“ über die „Hilfswörter“. Der frühere sozialdemokratische Abgeordnete v. Elm, der bei den letzten Wahlen dem freimütigen Volks-parteller Karlens unterlag, hielt in der Sitzung des Hamburg-Altonaer Gewerkschaftsrates eine bemerkenswerte Rede. Er verurteilte hierbei scharf den Ton der sozialdemokratischen Presse im Kampfe gegen die Arbeitgeber und bezeichnete die Idee eines Massenstreiks als politischen Unfuh ein wenig wichtigerer Führer. Jeder Generalstreik der Arbeiter erreiche das Gegenteil seines Zweckes und werde den Untergang der sozialdemokratischen Organisation bedeuten.

Der Verein der Deutschen Kaufleute hat ein Flugblatt zur Abwehr gegen den deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverband herausgegeben. Dieses Flugblatt, wie auch Material zur Begründung von neuen Ortsvereinen verlor durch die Haupt-geschäftliche Berlin S, Dresdenstr. 80, sowie durch die Geschäftsstellen für Süddeutschland: Nürnberg, Rönroffgasse 9, und für Schlesien und Posen: Breslau, Albrechtstr. 33.

Die Verheerungen durch die Pest in Indien sind grauenvoll. Im Londoner Unterhaus teilte der Staatssekretär für Indien (Morley) mit, daß die Zahl der Todesfälle an Pest in Indien vom September 1896 bis 31. März 1907 rund 5 012 000 betrug. Die Zahl der Todesfälle war im Januar d. J. 58 435, im Februar 98 397 und im März 171 522. Die am meisten betroffenen Provinzen sind Punjab, Bengalen, Bombay und die Vereinigten Provinzen von Agra und Oudh.

### Gewerkschaften-Teil.

§ Berlin. Verein der Berliner Brauereigesellen; Versammlung am 7. April im Anschluß der Brauerei-Konferenz. Der Vorsitzende, Kollege Lindner, eröffnete die Versammlung um 1 1/2 Uhr nachts und hielt die Anwesenden herzlich willkommen. Nicht vertreten waren die Mitglieder aus den Brauereien Böhm, Gregori, Habel, Münchener Brauhaus, Versuch- und Lehrbrauerei, Alchymhaus und Käyserlei Pantow. Das hierauf verlesene Protokoll der vorigen Versammlung wurde angenommen. Punkt 1 der Tagesordnung, Aufnahme neuer Mitglieder, ergab die Aufnahme von 4 Kollegen. Es folgte Punkt 2 der Tagesordnung, Wahl eines Delegierten zum Verbandstage der Deutschen Gewerkschaften (Stimmzettelauswahl). Abgegeben wurden 108 Stimmen, davon lauteten 102 auf Kollegen Streidl, 1 auf Kollegen Stein, 1 auf Kollegen Lindner, welcher gebeten hatte, von seiner Wahl abzusehen, da seine berufliche Tätigkeit ihn an der Teilnahme hindere, und 4 Stimmen waren unglücklich; somit war Kollege Streidl gewählt. Zu Punkt 3 der Tagesordnung, innere Vereinsangelegenheiten, teilte der Vorsitzende den Anwesenden mit, daß in den meisten Brauereien die Streiktätigkeit in der Tarifangelegenheit bei weitem seien, und da, wo solche noch vorliegen, dürfte in nächster Zeit ebenfalls jeder Grund zu solchen beseitigt werden. Der Vorsitzende teilte ferner den Anwesenden mit, daß er auf Wunsch der Potsdamer Vereinsmitglieder bei einer Versammlung abgehalten habe, im Verlauf welcher von Seiten der Potsdamer Kollegen mehrfach Fragen über die dortigen Verhältnisse gestellt wurden. Er erklärte sich bereit, innerhalb des bestehenden Tarifvertrages darauf hinzuwirken, daß derselbe eingehalten wird, und wenn es irgend möglich sei, den Wünschen der Kollegen Rechnung zu tragen, würde er mit den zuständigen Stellen in Verbindung treten, sobald er sich nicht verheißt, daß innerhalb der Tarifvertragsdauer Verbesserungen im Lohnverhältnis herbeizuführen eine schwierige Sache ist, welche sich nur durch freundliches Ent-

gegenkommen der Potsdamer Arbeitgeber realisieren lassen wird. Hieran erläuterte der Vereinsreferent, Kollege Gensel, einen ausführlichen Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosen-Kasse von 1903 für das Geschäftsjahr 1906/07. Der Bestand dieser Kasse beträgt zurzeit über 3000 Mk. und beträgt das Vereinkonto m. d. g. e. einschließlich dieser Kasse zurzeit 28 496,99 Mk. Da gegen den Bericht nichts eingewendet wurde, ertheilte der Vorsitzende dem Kassierer Entlassung und wird der Kassierbericht veröffentlicht werden. Auf Antrag des Vorsitzenden brachte der Vereinsreferent, Kollege Gensel, die Unterstufungsquote für das Berichtsjahr 1907/08 in Vorschlag, und zwar soll sie die gleiche Höhe wie in den Vorjahren beibehalten, so daß nach Erhöhung der Bundesunterstützung und vor Zahlung der Vereinsunterstützung auf genannter Kasse die Unterstufungsquote von 20, 35 und 50 Mk. bei 1-, 2- und 3-jähriger Jugenddauer zu derselben gezahlt werden. In Punkt 4 der Tagesordnung, Geschäftliches und freier Meinungs-austausch, teilte der Vorsitzende der Versammlung mit, daß der Zentralrat der Deutschen Gewerkschaften beschließen habe, den Delegierten der Gewerkschaften anläßlich des Verbandstages zu Berlin einladend 1907 einen festlichen Empfang zu bereiten und sei es daher notwendig, dazu ebenfalls Stellung zu nehmen. Die Versammlung beschloß nach kurzer Debatte die Kollegen Lindner und Junz zu den Beratungen über die Festlichkeiten abzuordnen und zu den entstehenden Kosten 50 Mk. als Beihilfe zu spenden. Die nunmehr folgende Abrechnung vom Stiftungsjahre ergab einen Ueberschuß von 1158,85 Mk. und diejenige des Pastenjahres ergab ein kleines Defizit, welches jedoch durch einige noch ausstehende Posten gedeckt werden dürfte. Die diesjährige Vereins-Dampferpartie findet laut Bericht des Vorsitzenden des Reichsausschusses, Kollege Beck, am 4. August nach Paderborn (Süd-Rhein) statt. Infolge Ablehnung des Vertrauensmannes der Zahlstelle Spahnau wird Kollege Rang mit berufsweglicher Betreibung betraut und zum zweiten Vertrauensmann der Berliner Unionsbrauerei wird Kollege Sparrer gewählt, damit er den in doppelter Schicht arbeitenden ersten Vertrauensmann ersetzen kann. An Unterstützung wurde einem erkrankten Mitglieder, dessen Gattin ebenfalls leidend ist, 20 Mk. bewilligt. Zur Auflösung unserer Hilfskasse berichtete Kollege Gensel, daß gelegentlich einer am 23. Februar im Hofe der Ortskrankenkasse für das Bierbrauergewerbe stattgefundenen Besprechung, der Rekanb der Ortskrankenkasse, Herr Hellmann, ihm die Zusage gegeben habe, daß bei der Überweisung der Mitglieder der Hilfskasse zur Ortskrankenkasse auch die der Hilfskasse angehörenden nicht versicherungspflichtigen Mitglieder ohne weiteres mit übernommen würden. Dieses Versprechen hat Herr Hellmann, wie aus einem Briefe desselben, gerichtet an Kollegen Gensel, in welchem er ein derartiges Abkommen bestritt, hervorgerufen, nicht gehalten. Kollege Gensel sprach sein Bedauern über das Verhalten des Herrn Hellmann aus, wodurch er den Mitglieder, welche zwar nicht versicherungspflichtig, aber der Hilfskasse doch zugehörig, unmöglich gemacht wird, sich gegen Krankheit weiter zu versichern. Die im Punkt 5 der Tagesordnung, Fragekasten, gestellte Frage nach dem Aufenthalt des Kollegen Langewege konnte nicht beantwortet werden, da dessen Aufenthalt dem Vorsitzenden, sowie den Anwesenden nicht bekannt ist. Laut Beschluß der Versammlung soll ein neu auszufertigender Fragekasten in Zukunft ausgehängt werden. Hieran erfolgte Schluß der Versammlung um 5 Uhr.

Der Schriftführer: ges. J. Kania.

§ Braunkohl. Ortsverband Gattlingen. Die am 7. April in Jagdstraße tagende Ortsverbandsversammlung war nur mäßig besucht und wurde vom Vorsitzenden um 4 1/2 Uhr nachmittags eröffnet. Die Frage der Verschmelzung der beiden Ortsvereine Welper und Braunkohl sollte zuerst in den beiden Ortsvereinen diskutiert werden, dem der Vorsitzenden Kaufmann vorgeschlagen werden. Kollege Weltermann u. a. Dortmund sprach sodann über die Stellung der Gewerkschaften zur Politik. Vor allen Dingen sei es die heiligste Pflicht der Arbeiter, was unfern Vater so schwer erkrankt habe, das Maßrecht, auszusprechen und mit allen Mitteln zu erhalten. Jeder, der die Gewerkschaften verlassen, ohne die Neutralität zu wahren, sich politisch betätigen, das ist ja nur Sozialpolitik ist, die sie treiben. Nachdem Keiner alle Parteien beleuchtet hatte, kam er zu dem Schluß, daß nur im Universalismus unsere Zukunft liege, mit dem wir dies Jahrhundert in die Schranken fordern müßten. Mit jugendlichem Feuer hinein in den Kampf! Die Diskussion wurde recht lebhaft geführt. An dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Bericht war nicht anzusehen, aber mancher Kollege brachte noch seine Privatansicht zum Ausdruck. Dahin einigten sich alle, daß sich die Gewerkschaften nur derjenigen Partei anschließen, von der sie als vollständig gleichberechtigt anerkannt werden. Eine reine Arbeiterpartei sei wertlos für uns, im Universalismus müssen die Gewerkschaften erstarken! Im Schlußwort erwähnte der Referent noch, daß die Sozialdemokratie als Arbeiterpartei ganz unbrauchbar sei, was auch einige Diskussionsteilnehmer bestätigten. In „Berichtlesen“ wurde der Ortsverein Dählhausen wieder in den Ortsverband aufgenommen, worüber noch einige Kollegen ihre Freude ausdrückten. Auch die Wahl einer Agitationskommission wurde vom Vorsitzenden empfohlen zur etwaigen Gründung von Ortsvereinen anderer Berufe. Statt des Ortsverbandes möge man besser einen Ausbund oder Familienklub feiern; dies soll von den Ortsvereinen noch näher beproben werden. Nachdem noch ein Artikel im sozialdemokratischen Organ, dem „Volksblatt von Bochum“, das einen Kollegen von uns beschimpfte, gerügt war, wurde die Versammlung gegen 8 Uhr mit einem Hoch auf die Gewerkschaften vom Vorsitzenden geschlossen.

§ Essen a. d. R. Die vom Verein der Deutschen Kaufleute in das Hotel Germania einberufene öffentliche Versammlung der Handlungsgehilfen und -Gehilfen war äußerst stark besucht. Der erste Referent des Abends, Herr Rechtsanwalt Dr. Fritz Reuß, hatte es sich zur Aufgabe gestellt, die Handlungsgehilfen an Hand lehrreicher Beispiele über die Konkurrenzklausel aufzuklären und ihnen so die durch diese drohenden Gefahren vor Augen